Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 43. Dienstag, den 20. Februar 1849.

Berlin, vom 20. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Vorsteher der Haupt-Artillerie-Werkstatt in Berlin, Hauptmann **Blume**, Chef der Handwerks-Compagnie der 3ten Artillerie-Brigade, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 18. Februar. Wir haben geglaubt, einen Aufschub der Eröffnung unsrer Kammer den Räthen des Königs dringend empfehlen zu müssen. Die Minister sind nicht gemeint, darauf einzugehen; die Kammern werden am 26. Februar, wie es heißt, durch den König in Person eröffnet werden. Von den Argumenten, welche gegen unsre Meinung vorgebracht sind, mochte uns am wenigsten der „Verrath"-Ruf einer hiesigen Zeitung rühren, deren „gelehrter" Mitarbeiter (H) an die Volksleidenschaften appellirte. Stichhaltig, wenigstens der Erwägung würdig, erschien manches Bedenken, dem auch wir zum Theil in unsrer Befürwortung jener Maßnahme Gehör schenkten; am erklärlichsten sind die aus der eigenthümlichen Lage des Kabinets, gegenüber dem Lande, hervorgehenden Entscheidungsgründe. Doch Ein Bedenken erkennen wir in seinem Vollgewicht so ganz unumwunden an, daß wir dem geistreichen Parteigenossen (?) Dank wissen, es uns an die Hand gegeben zu haben — — zur Widerlegung.

Schon gestern sprachen wir uns dahin aus, daß wir die Frage der Vertagung nicht für entschieden erachten; entschieden ist nur, daß die Eröffnung der Kammern nicht hinausgeschoben werden und daß das Ministerium aus freiem Antrieb für dieses dringende National-Anliegen einstweilen nichts beginnen wird. Damit ist die Sache der Vertagung in die Hand der Kammern gelegt, und es fragt sich, ob die preußischen Volksvertreter wohl thun werden, die Vertagung zu veranlassen. Was auch das Ministerium bewogen haben mag, den fraglichen Schritt zu unterlassen, nicht dieselbe Rücksicht bindet die Kammern. Jenes Argument, dessen wir gedachten, richtet sich aber ebensowohl gegen den Vorschlag, daß die Vertagung überhaupt in den Kammern zur Sprache gebracht werde.

Es ist eine dringende Pflicht, die nicht stark genug betont werden kann, daß unsre Partei mit äußerster Sorgfalt Alles meide, was eine Spaltung, einen Bruch in der Rechten zur Folge haben könnte. Der subtilen Verhältnisse sind nur zu viele, wo der höchste Patriotismus und ein gewisses gerechtfertigtes Maß von Selbstverleugnung dazu gehören wird, um die ehemals gegnerischen Fraktionen Bodelschwingh und Vincke (wie wir in Kürze sagen wollen) einig zu erhalten und zu verhüten, daß eine oder die andre mit der Linken stimme und sich von ihren politischen Gesinnungsverwandten wenn auch nur zeitweilig lossage. Ein geschichtliches Interesse wird es haben und epochemachend wird es sein, wenn die „konservative" Flanke der konstitutionellen Partei und die „konstitutionellen" Flanken der konservativen Partei sich bleibend mit einander verschmelzen. Die Dauerhaftigkeit und der innere Halt des freiheitlichen Königthums wird davon abhängen, der Sieg über ganze und halbe Republik. Wir hegen die Zuversicht, daß, wie sich auch das Stimmenverhältniß der Fraktion Bodelschwingh und der Fraktion Auerswald-Vincke herausstellen mag, von keiner dieser beiden Seiten das herzliche Einverständniß gering geschätzt und preisgegeben werden wird.

Haben wir deutlich und warm genug unser Pflichtgefühl offenbart, dieses Einverständniß zu stärken, das Bewußtsein der Zusammenhörigkeit zu heben und alle möglichen Dissonanzen in Akkorde zu wandeln, so wird es nicht Wunder nehmen, daß das uns mitgetheilte Bedenken einen tiefen Eindruck auf uns nicht verfehlen konnte, die Frage der Vertagung werde der Erisapfel zwischen den politischen Freunden Bodelschwingh's und Vincke's, sie werde der unglückliche Anlaß eines Bruchs auf der Rechten werden.

Wäre dies Bedenken gerechtfertigt, so würde damit den preußischen Kammern das Horoskop gestellt sein, daß sie der Sache des Vaterlandes, der preußischen Zukunft und der deutschen Einheit, hinderlich und im Wege sein werden. Denn die Behandlung der Vertagungsfrage muß in allgemeinster Weise und gewissermaßen sub rosa darlegen, wie die preußischen Vertreter sich zu Frankfurt und dem deutschen Einheitswerk zu stellen gesonnen sind. Droht diese Angelegenheit, die Rechte zu spalten, dann ist mit andern Worten in der vaterländischen Sache überhaupt die der separatistischen Demokratie gegenüber so sehr wünschenswerthe Uebereinstimmung auf unsrer Seite nicht zu ermöglichen. Damit wäre der Sieg der Linken entschieden.

Die deutsche Linke, wie bekannt, huldigt dem Separatismus; auch von der bayerischen Linken ist noch nicht erwiesen, ob ihr an der Einheit Deutschlands so viel gelegen ist, als — an den Grundrechten! Aber die demokratische Partei des Parlaments, die sächsischen Kammern, das Beispiel von Waldeck und Temme, von Philipps, Berg und Arntz sind eben so viel Belege dafür, daß die Linke den Partikularismus stützt. Es ist also, wenn jene Partei nicht die unnachahmliche Inkonsequenz, welche sie zur Vereinbarung hinfahren hieß, noch zur Unterstützung der Vertagung wider alles Erwarten antreibt, mehr als wahrscheinlich, daß Waldeck und Genossen, daß sogar Kosch und andere Partikularisten gegen die Vertagung stimmen werden. Jene Inkonsequenz vernichtete diese Vermuthung zu schwächen, wenn die Annahme des Vertagungsantrags dem Ministerium Verlegenheiten bereiten dürfte; dies ist aber so wenig der Fall, daß der Regierung durch die Vertagung sogar Inkonvenienzen erspart werden; deshalb ist die Linke nur umsomehr gegen die Vertagung. Endlich dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Steuerverweigerer auf dieser Linken sitzen werden, — Frankfurt vernichtete ja jenes Attentat auf die Staatskassen, es ist so gut wie gewiß, daß die Linke keine Gelegenheit vorübergehen lassen wird, Frankfurt jene Tüchtigkeit und Thatkraft entgelten zu lassen. Rodbertus und Schultze-Delitzsch sollten ihre verfehlte Vergnügungsreise, Kirchmann und Unruh sollten Bassermann vergessen haben? Nimmermehr! Und schreibt man doch eben diesem Gegner, welcher den „Traum der Republikaner" unsanft gestört, jene dringenden Worte der Ober-Postamts-Zeitung zu, welche die Vertagung so wünschenswerth darstellen. — Die Linke stimmt gegen die Vertagung.

Und ein Theil der Rechten sollte mit der Linken stimmen? Das wäre ja nichts minder als ein parlamentarisches Verbrechen. Mit Hülfe der Linken wäre die gemäßigte Rechte, welche für die Vertagung stimmen wird, geschlagen. Aber konnten die Mitglieder der Rechten eine solche Koalition verantworten? Wir brauchen nicht daran gemahnt zu werden, daß einer der Ausgezeichnetsten von der politischen Nüance, gegen welche der in unsern Augen beleidigende Verdacht ausgesprochen ist, sie werde mit der Linken in Koalition gegen die Vertagungstimmen, daß der Abgeordnete von Bodelschwingh, dessen Beispiel seine politischen Freunde von solcher Extravakanz zurückzuhalten wohl geeignet wäre, in einer Zeit, als es noch nicht so leicht hielt, deutscher Gesinnungen sich zu befleißigen, hochgeachtet und im Lande weithin genannt war als einer der treusten Söhne des großen Vaterlandes, daß Herr von Bodelschwingh, als er noch im Rathe der Krone saß, die deutsche Sache stets warm vertrat, daß derselbe vor dem vereinigten Ausschuß eine glänzende Rede hielt, welche von einem der damals heftigsten Oppositionsblätter, der deutschen Zeitung, als ein Muster deutscher Denkart neben die Rede eines badischen Ministers entgegengesetzter Tendenz abgedruckt wurde, daß Hr. von Bodelschwing endlich das herrliche Programm zu Gunsten des deutschen Bundesstaats, die leider über dem Bacchanal einer improvisirten Revolution vergeßne Proklamation vom Morgen des 18. März kontrasignirt hat!

Es ist ein Bedenken, das an sich wichtig und von uns am bereitwilligsten in Acht genommen, doch gänzlich ungerechtfertigt erscheint, als ob ein in die Kammern gebrachter Antrag auf Vertagung bis zu dem voraussichtlich bevorstehenden Schluß der deutschen Reichsversammlung eine Spaltung der Rechten herbeiführen werde. Für uns giebt es kaum ein wichtigeres Bedenken. Aber um so getroster und wiederholt empfehlen wir unserer Partei dieses National-Anliegen. Die Linke stimmt gegen die Vertagung und, wenn der Abgeordnete v. Vincke den Antrag auf Vertagung stellt, — wir sind dessen gewiß — weder Bodelschwingh noch Bismark stimmen dagegen. (P.-C.)

Berlin, 15. Februar. Wir erwähnten bereits des Entwurfs zu einem Zolltarif für das vereinte Deutschland, welcher von dem freihändlerischen Kongreß in Frankfurt a. M. ausging. Das preußische Handelsministerium hat nunmehr unter Zugrundelegung dieses Entwurfs von dem Vorstande der hiesigen Kaufmannschaft ein Gutachten verlangt, welcher seinerseits die interessirenden Fabrikanten als Sachverständige auf gestern Abend berief. Von Seiten des Handelsministeriums war der Regierungs-Rath Delbrück anwesend. Nach einer ziemlich bedeutenden Debatte erklärten sich die Anwesenden für Werthzölle, welche auch der Entwurf verlangt, dagegen konnte sich die Versammlung mit der Höhe von 10 pCt. des Werthes als durchschnittliche Steuer nicht einverstanden erklären, und sie erblickten in einer derartigen Festsetzung die höchste Gefahr für den Fortbestand der inländischen Industrie. Man einigte sich daher, daß die Werthzölle nach Kathegorien festgesetzt werden.

Auf Mousselin de laine 40 pCt., englische Waaren 50 pCt., rohe wollene Waaren und Teppiche 30 pCt., wollene Shawls und Tücher 40 pCt. Bei der Aufstellung des Zolltarifs wird man wohl dieses Gutachten nun ebenfalls nur als schätzenswerthes Material benützen dürfen. Die Verhandlung selbst war sehr flach, und scheint uns den Beweis zu liefern, daß man zwischen Sachkundigen und sachkundigen Interessenten einen Unterschied machen muß. — Die Dividende der preußischen Bank-Antheils-

scheine für das Jahr 1848 wird in der auf den 23. d. M. zusammengerufenen General-Versammlung auf $4\,^{3}/_{10}$ pCt. fixirt werden. Für das Jahr 1847 betrug sie $5\,^{1}/_{8}$ pCt. Den Unterschied des Ertrages mögen die Betheiligten mit dem Cours-Verlust aufs Revolutionsconto setzen.

(Schles. Ztg.)

— Se. Maj. der König sind von dem befallenen Unwohlsein bereits wieder hergestellt.

— Es finden gegenwärtig im Finanz-Ministerium Conferenzen wegen Vorberathungen über das den Kammern vorzulegende neue Grundsteuergesetz statt, wozu in diesem Ressort arbeitenden Dirigenten in den verschiedenen Provinzen, und sonstige Celebritäten vom Fach einberufen sind.

— In den Artillerie- und sonstigen Militär-Depots sind seit drei Wochen bedeutende Anfertigungen von Patronen und gefüllten Missilen vorgenommen worden.

Gegen zwei Millionen baaren Geldes sind durch Einzahlung rückständig gewesener Steuern und zur freiwilligen Anleihe in öffentliche Kassen eingezahlt worden.

Die N.P.Z. schreibt aus der **Mark**, den 16. Februar. Der Artikel aus der Mark macht Sensation! Wunderbar, Beamte, die seit dem März ihre politische Gesinnung stets zur Schau trugen, die sich brüsteten mit der geistigen Kraft und innern Wahrheit der Demokratie, die sich brüsteten mit dem, was sie für die armen mit Füßen getretenen Menschen gethan und thun wollten, die mit Stolz sich Demokraten genannt, halten es jetzt für eine Beleidigung, öffentlich als Demokraten bezeichnet zu sein, sie stecken die Köpfe zusammen und rechnen schon, wie viel die Injurien-Prozesse dem Einsender kosten werden. Man muß sich wundern, daß die Demokraten überall Injurien riechen und klagen wollen, da sie doch in ihrer Presse mit den plumpesten Redensarten, gleichviel ob wahr oder falsch, um sich werfen; freilich sind die Demokraten durch zu glimpfliche Behandlung verwöhnt, allein die conservative Partei wird sich in das Ungewohnte, in die grobe Arbeit zu finden wissen und auf den groben Klotz einen groben Keil setzen. Diesmal hat die nackte, ungeschminkte Wahrheit einen guten Dienst geleistet, und unsre stark demokratisirenden Beamten sind gewaltig aufgeschreckt, sei es nun, daß sie an ihren Eid gedacht, sei es, daß sie fürchten, die Minister würden ihre Schuldigkeit thun und endlich mit der Purifikation des Beamtenpersonals beginnen, wie dies ja in allen constitutionellen Staaten üblich und bei uns höchst nothwendig ist.

Königsberg, 15. Febr. Einem on dit nach wird für den Bürgermeister Sperling kollektirt, um ihm von dem Ertrag der Collekte seine Diäten auszahlen zu können. Herr Sperling selbst ist, beiläufig gesagt, ein reicher Mann. Wenn das Gerücht sich bestätigt, so zeugt es nur für die Wahrheit der Behauptung, daß unsere wohlhabenden Demokraten mit dem Maul Gut und Blut, in der That aber keinen Heller für die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" opfern. —

— Es ist im Werke, eine Tadelsadresse an diejenigen Wahlmänner zu erlassen, die den Rumpfparlaments-Präsidenten von Unruh gewählt und unsere Stadt mit unauslöschlicher Schmach bedeckt haben; gewiß wird dieselbe Unterschriften genug erhalten, denn die Entrüstung über diese Wahl wird bei reiferem Nachdenken täglich größer. (N.P.Z.)

Breslau, 15. Februar. Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat, wie wir gestern gelesen haben, einstimmig erklärt, „daß für den Fall, daß die österreichischen Abgeordneten aus moralischen oder Zwangsgründen aus der konstituirenden Nationalversammlung zu treten genöthigt würden, die Beschlüsse dieser nicht mehr als die Beschlüsse der Vertretung gesammter deutscher Nation betrachtet werden könnten und daß deshalb auch die bayerischen Abgeordneten moralisch verpflichtet würden, aus der ihrer ursprünglichen Bestimmung entrückten Nationalversammlung auszutreten."

(Schles. Z.)

Frankfurt, 16. Februar. (171ste Sitzung der Reichsversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause."

Nach Eröffnung der Berathung erhält Herr Löwe von Calbe das Wort. Ihm folgt dann:

Reichsminister Herr v. Beckerath: Wenn wir den Theil des Volks, welcher bis jetzt außerhalb des Staates gestanden hat, plötzlich mit gleicher Berechtigung in den Staat aufnehmen, so nehmen wir auch das Uebel mit herüber, für welches wir eben die Heilung zu suchen haben. Nur dadurch wird sie unmöglich werden. Das Wahlrecht kann nur in so weit ein allgemeines sein, als seine unabhängige und einsichtsvolle Ausübung gewährleistet ist. Hat ein Jeder im Staate die Gewißheit, daß es nur von seiner Kraft abhängen wird, um zu allen Stellen und auch zu den höchsten des Staates vorzuschreiten, so werden wir auch von keiner angedrohten Association einen feindseligen Staat im Staate zu fürchten haben. Eine andere Gleichheit wäre nur eine Gleichheit des Verderbens für Alle. (Widerspruch von links.) Gestehen doch auch Sie (auf der Linken) eine Begrenzung des Wahlrechts in Rücksicht auf das jugendliche Alter zu. Eine ganz ähnliche Rücksicht ist die auf das Maß der Einsicht in die öffentlichen Aagelegenheiten. Welche Folgen hat das allgemeine Wahlrecht in Frankreich herbeigeführt? Hat nicht dort das Schwanken der öffentlichen Verhältnisse allen Wohlstand zerrüttet und jedes Vertrauen auf eine feste Dauer des Staates untergraben? Der Redner weist darauf hin, welche Gefahr bei dem allgemeinen Wahlrechte die Freiheit läuft, wie es zu keiner Zeit und unter keinem Volke bestanden habe und wie die Humanität selbst es fordere, auf einem beschränkten Wahlrecht zu bestehen. Beim Schlusse Beifallsklatschen von der Rechten und aus der Mitte, Zischen von der Linken.

Herr Pfeiffer aus Adamsdorf: Durch das Wahlgesetz — der Redner hätte nie gefürchtet ein solches vom ersten deutschen Parlamente zu erleben — erklärt sich die Versammlung selbst für unmündig, denn aus einem allgemeinen Wahlrechte sind wir hervorgegangen. Selbst die aristokratische Verfassung Englands würde ich einem Wahlgesetze vorziehen wie das entworfene, welches jeder Willkür Thor und Thür öffnet. Denn ich erkenne nur eine Selbstständigkeit an, das ist die Selbstständigkeit der Gesinnung. Weder das Almosenempfangen beraubt nach Herrn Pfeiffer's Meinung diese Selbstständigkeit der Gesinnung, noch will er in dem Dienstbotenverhältnisse ein Wahlhinderniß erblicken. Durch die Ausschließung der Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Handwerksgehülfen schließen Sie die Hälfte der bisherigen Urwähler aus. Der deutsche Wanderbursch vollends ist dem Redner das Vorbild edler Unabhängigkeit. So lange der Handwerksbursch noch überall, wo es ihm zu enge und wo es ihm zu mißfällig wird, sein Bündel schnüren kann, ist er ein freier Mann, er wird erst unfrei, wenn er sich ansässig macht. Und wer hat auf den Barrikaden gestanden, wer die Revolution des März mit seinem Blut und Leben durchgefochten? Die Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter, die Sie in ihre Rechtlosigkeit zurückdrängen wollen. Wenn sie wirklich ungesittet, wenn sie einsichtslos wären, so würde dies nur eine ernste Erinnernng für uns sein an das, was wir versäumt haben. Ehren Sie die Arbeit, sie ist die Grundlage der socialen Ordnung und des Wohlstands. Ehren Sie die Arbeit und die Arbeiter. (Beifall.)

Staatssekretär Herr Bassermann: Wenn ich unter der Arbeit immer nur die unmittelbare Handarbeit verstehen höre, so befällt mich eine Trauer der Folgerung wegen, die daraus gezogen werden muß. Denn dann ist wohl der Meister, der die Gesellen in seiner Werkstätte beschäftigt, der Kaufmann, der Gelehrte, der Staatsmann kein Arbeiter? Dies Mißverständniß erinnert mich an den widerlichen Gegensatz, den unsere Socialisten zwischen Volk und Bourgeosie machen. Früher galt grade das Bürgerthum als Kern des Volks. Jetzt scheint, um zum Volke gerechnet zu werden, namentlich dazu zu befähigen: verschuldete oder unverschuldete Unbildung, Verkommenheit und Niedrigkeit der Lebensverhältnisse, das Schwören auf das Stichwort eines kleinen Journals. (Widerspruch von der Linken.) Herder war ein Geistlicher, Goethe Minister und Schiller Professor. Wollen Sie sie darum nicht zum Volke rechnen? Wer hat denn die Bresche geschossen auf der wir jetzt mit der Freiheitsfahne stehen? Wer anders hat die Zeit der Befreiungskriege und die Gegenwart angebahnt, als grade die gebildeteren und höheren Stände unseres Volkes, die Sie jetzt abtrennen wollen vom Volke? Ich sage: Grade von den Universitäten, von der höhern Schichte der gebildeten Gesellschaft ging damals der Freiheitskampf aus. Ich erinnere Sie an die Rede, die Fichte gehalten mitten unter der Napoleonischen Herrschaft, wo Ihre Arbeiter nicht daran dachten, sich dieser Herrschaft zu entziehen; ich erinnere an jene höheren Offiziere, ich erinnere an Gneisenan und Andere, welche den preußischen König umgaben. Und weil jene gehässigen Gegensätze nicht bestanden und man sich nicht bemühte, Mißtrauen zu säen, weil man statt dessen ein Zusammenwirken der höheren und niederen Schichten bewirkte, weil die niederen Schichten zu den höheren Vertrauen hatten, dadurch gelang es, die Fremdherrschaft in Deutschland zn stürzen. Aber nicht die niederen Schichten waren es, sondern von den höheren ging zunächst der Impuls der Befreiung aus (Gelächter von links: Die Zeiten ändern sich. Anhaltender Beifall von der Mehrheit). Nicht minder ist das der Fall gewesen in den letzten Jahren. Sie klagen (zur Linken), daß das allgemeine Stimmrecht erst jetzt erobert worden sei. Aber, meine Herren, wie wir unter dem Drucke der Tyrannei schmachteten, so frage ich, welche Stände waren es denn, die in den Kammern, die in der Presse und sonst uns bis hieher geführt haben? Gehörten die Eisenmann, gehörten die Behr zu den Arbeitern! (Eisenmann vom Platze: Ja.) Gehörten dann die Welcker, die Rotteck nicht zu den Professoren? Nein, die Weltordnung wird nicht anders, und es wird eben, wenn man nicht das verschweigen will, was ein Jeder weiß, doch immer verschiedene Schichten in der menschlichen Gesellschaft geben, und solche wird es geben müssen, die das Banner vorantragen und die Führung haben. Und eine Masse wird es geben müssen, welche diesen Führern folgt, folgt in einem andern Sinne, als Sie es (zur Linken gewandt) bewirken wollen. Eine Abtrennung der gebildeten führenden Stände wäre der größte Frevel, den man an der Zukunft des Vaterlandes ausüben kann. Bei dem wichtigsten Gesetze, über welches wir beschließen können, bei dem Wahlgesetze sollen wir nicht Maßregeln ergreifen, daß die Bildung die Geschicke des Staates und des Volkes bestimme? Herr Löwe sagt, wenn nicht das allgemeine Wahlrecht, so werde ein Umsturz der Arbeiterklasse helfen. Ich glaube, auch kein Umsturz kann den socialen Fragen helfen. Denn ihre Lösung ist weniger durch den menschlichen Willen bedingt, als begrenzt durch die Beschaffenheit der Erde und der sie bewohnenden Menschheit. Der Redner geht dann näher auf die socialen Aufgaben und die Bestimmung des Staates ein, an dessen Erhaltung und Dauer gerade der Familienvater das meiste Interesse habe. Die Herrschaft der Ouviers hat Frankreich in kürzester Zeit an den Rand des Abgrunds gebracht. In Belgien hingegen, einem Lande der Industrie, welches Hunderttausende von Arbeitern „ohne Stimmrecht" zählt, ist die Ruhe ungestört und ein Zustand aufrecht erhalten geblieben, auf den der Belgier ganz Europa mit Recht und mit Stolz hinweist.

Es sei aber, sagt man uns, ein Recht, welches wir einer Anzahl von Mitbürgern in dem Stimmrechte entzögen. Verlangte der Staat ein Opfer, so müßte es wohl gebracht werden, selbst wenn es ein Recht wäre. Aber hören Sie einen unverdächtigen Zeugen. Es ist Karl von Rotteck, der im Namen der Freiheit es fordert, daß gewisse Klassen des Volks vom Stimmrechte ausgeschlossen werden. Gegen Rotteck also richten Sie Ihre Angriffe. Nicht die Masse der Köpfe ists, was die Volksvernunft vergrößert, und wie sich der Absolutismus der Republiken und Monarchieen von jeher am Sichersten auf die Schwerkraft der ungebildeten Menge gestützt habe, das zeigt Hr. Bassermann an den geschichtlichen Beispielen Athen's, Spanien's, Neapel's. Gerade die Länder, wo sich der Volkswille in den freiesten und glücklichsten Erscheinungen offenbart, sind Länder, wo ein Wahlcensus besteht: Engländer, Norweger, Amerikaner, Belgier. Ich will mein Volk nicht einen entgegengesetzten Weg gehen sehen in der Eitelkeit, als wäre es weiser und besser, als alle jene Völker. Ich stimme für den Entwurf des Ausschusses, — sollte dieser die Mehrheit nicht finden, für den Census von 350 fl. Jahreseinnahme. In dritter Linie endlich würde ich für den Verbesserungsantrag stimmen, nach welchem Stimmklassen eingeführt werden sollen. Man beschuldigt das Wahlgesetz, daß es konservativ sei. Ist es aber vernünftig, das Gute zu erstreben, so ist es auch vernünftig, das Errungene zu erhalten. Wenn Sie (zur Linken) gegen das Wahlgesetz stimmen, so haben Sie Recht, denn Ihnen liegt nichts an dem Zustandekommen und der Erhaltung einer deutschen Verfassung. Aber zu Ihnen (zur Rechten) wende ich mich. Hätte ich den populärsten Namen in Deutschland und wüßte, daß ich ihn in einen Fluch verkehrte, ich würde dennoch, um die Zukunft des Vaterlandes zu retten, gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen. (Stürmischer Beifall von der Mehrheit des Hauses. Links Zischen und Fußstampfen, was der Präsident als eine Aeußerung rügt, über deren Unschicklichkrit Niemand in Zweifel sei.)

Herr Vogt von Gießen: Das Wahlgesetz drückt es endlich einmal offen aus, daß der Konstitutionalismus nicht mit der Majorität des Volkes regieren kann, sondern nur mit einem Auszuge der Minorität, wie auch

das nicht-offizielle Organ des Ministeriums bereits darauf hingedeutet hat, der Staat lasse sich nicht aufrecht erhalten mit den Grundrechten und mit dem allgemeinen Stimmrecht.

Herr Reichensperger aus Trier macht die Linke auf die Consequenzen aufmerksam, zu welchen sie selber durch das allgemeine Stimmrecht hingetrieben werden würde. Was habe Louis Blanc zu thun vermocht, als seine Weisheit zur That werden sollte? Nur durch ein furchtbares Würgen habe sich die öffentliche Ordnung in Frankreich noch einmal retten können. Unter allen gefährlichen Experimenten ist das gefährlichste das allgemeine Stimmrecht. „Der Staat ist verloren" sagt ein Dichter, den Sie mir nicht als reaktionär verschreien werden, „wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Die allgemeine Besprechung über das Wahlgesetz wird hierauf geschlossen, die Berathung von §. 1 ff. aber auf morgen vertagt.

Frankfurt a. M., 16. Februar. Vor einiger Zeit ist der Abgeordnete Gritzner aus Oesterreich von seiner Regierung, ohne daß die Nationalversammlung vorher befragt wurde, also gegen das Gesetz zum Schutz der Abgeordneten, von seinem Amt entsetzt worden. Der Reichs-Justizminister, deshalb interpellirt, verlas als Antwort die Schmerling'sche Note vom 10. d. M., wonach Oesterreich, kraft seines Zustimmungsrechts, nur die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung anerkennt, „die zu seinen Verhältnissen passen." „Wie nun die österreichische Regierung," setzte Robert Mohl hinzu, „darnach für den vorliegenden Fall gesinnt ist, weiß das Reichsministerium nicht."

Künsberg aus Baiern war der Meinung, die Verfassung, wie sie in erster Lesung beschlossen worden, widerspräche dem Begriffe des Bundesstaates, und konne von keinem deutschen Staate, den ausgenommen, der das Kaiserthum erhielte, angenommen werden; deshalb solle sie an einen neu zu bildenden Ausschuß zur Revision gewiesen werden. Das Manöver war zu ungeschickt. Die Versammlung hätte sich, wie Herr Plathner richtig bemerkte, damit selbst das Todesurtheil gesprochen. Der alte Jahn schlug vor, nur das Wahlgesetz für das Volkshaus und das Gesetz über das Staatenhaus zu berathen, dann die beiden Häuser zusammenzuberufen und ihnen die Entscheidung über das Reichsoberhaupt zu überlassen. Mit andern Worten, er schlug vor, die Sache zu beschlafen. Man würde aber schwerlich weiser aufstehen! Das Haus verwarf den Künsberg'schen Antrag mit ungeheurer Mehrheit. Vierundsechszig österreichische Abgeordnete ergriffen diese Gelegenheit, um zugleich mit einer Verwahrung gegen den Vereinbarungsgrundsatz zu erklären, daß sie von ihrem Mandat, einen Bundesstaat für ganz Deutschland zu errichten, festhielten. Soll das heißen, daß sie „trotz alledem und alledem," auch wenn Oesterreich an dem neuen deutschen Staat nicht theilnehmen will, nicht abstehen werden, seine Gründung zu hindern? Glauben sie mit einer solchen Verwahrung ihr Gewissen zu decken? (D. Z.)

Frankfurt a. M., 16. Februar. Die heute der National-Versammlung durch den Reichs-Justizminister mitgetheilte Zuschrift des österreichischen Bevollmächtigten an das Reichsministerium, d. d. 10. d. M., verbreitet, vielleicht unabsichtlich, ein helles Licht über die Stellung, welche Oesterreich zur definitiven deutschen Reichsverfassung, wie sich dieselbe auch gestalten mag, einzunehmen gedenkt, und nach seinen eigenthümlichen Verhältnissen stets einzunehmen beflissen sein wird. Nach der Berufung auf die bekannten, den Vereinbarungs-Standpunkt wahrenden Erklärungen vom 15. April und 28. Dez. v. J. folgt die allgemeine Reflexion: „es müsse anerkannt werden, daß Oesterreich sich das Recht der Zustimmung zu allen Beschlüssen der National-Versammlung vorbehalten müsse, weil sein Gebiet theils deutsches, theils nicht-deutsches sei, letzteres aber bei seiner staatlichen Verbindung mit ersterem von allen Veränderungen wesentlich berührt werde, welche die deutschen Gebietstheile in ihrer Verfassung oder Legislation erfahren." Daß diese Auffassung für die gegenwärtigen Zustände sachgemäß ist, wird gewiß nur von Phantasten bestritten werden, sie behält aber natürlich auch ihre Gültigkeit für alle künftigen deutschen Parlamente, und überhaupt für so lange, als es einen Gesammtstaat Oesterreich geben wird. Soll nun unter diesen Umständen Oesterreich als deutscher Staat fortwährend gelten, und nehmen die andern Staaten gleiche Rechte für sich in Anspruch, so bleibt es also bei der „freiwilligen Vereinbarung", welche man schon in der Wiener Schluß-Akte (Art. LXIV.) den „Beschlüssen" der Bundesakte (Art. VI.) zu substituiren wußte, es bleibt bei einer diplomatischen Verhandlung in einem „völkerrechtlichen Verein der deutschen souverainen Fürsten", es bleibt beim alten Bundestage, und irgend eine Volksvertretung daneben wäre eine vollkommene Widersinnigkeit. Hat aber schon der alte Bundestag auf der Grundlage der freiwilligen Vereinbarung während seiner 33jährigen Wirksamkeit nichts zu Stande bringen können, so wird die neue Bundesversammlung, in der auch noch die „außerdeutschen Landestheile" ihre Vertretung finden sollen, vollends zu einer absoluten Thatlosigkeit verdammt bleiben. Wer den Muth hat, unbefangen die nothwendigen Folgen seines politischen Handelns sich klar zu machen, der muß zu der Einsicht gelangen, daß, wer ganz Deutschland retten will, ganz Deutschland verderben wird. (D. Z.)

Frankfurt a. M., 17. Februar. Die Ermüdung der Versammlung, von welcher Herr Löwe gestern gesprochen, ist nicht eine Abspannung ihrer geistigen Kräfte; die glänzende Rede Bassermann's über das allgemeine Wahlrecht und die sie begleitende regste Theilnahme bezeugten das Gegentheil, vielmehr ist diese scheinbare Ermüdung nur der Ausdruck einer tiefen, moralischen Verstimmung, welche sich Vieler bemächtigt hat, die über das Chaos, in welchem wir uns gerade jetzt befinden, nicht mehr hoffnungsvoll hinauszusehen vermögen. Auch ist, so groß die Bedeutung des Wahlgesetzes sein mag, doch die glückliche Vollendung des Verfassungswerkes so drängend, und Aller Gedanken erfüllend, daß nur mit Mühe die volle Theilnahme jener wichtigen Frage zugewendet wird. — Die Majorität der Versammlung ist von der Nothwendigkeit einer Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts überzeugt, doch gehen die Ansichten über das Wie dieser Beschränkung noch immer sehr auseinander und schwerlich möchte der Antrag des Verfassungs-Ausschusses, welcher, von dem Begriff der Selbstständigkeit ausgehend, ganze Klassen der Gesellschaft, wie die Fabrikarbeiter und Tagelöhner unbedingt ausschließt, auf eine Majorität rechnen können. Mit mehr Wahrscheinlichkeit dürfte ein niedriger Census (200 Rthlr. jährliches Einkommen, oder 3 Rthlr. Steuern) oder eine nur verhältnißmäßige Betheiligung der niedrigst Besteuerten an dem Wahlakt angenommen werden.

Die Wahlen für die Berliner Versammlung entziehen dem deutschen Parlamente gerade in dem entscheidenden Zeitpunkte bedeutende Kräfte; vorzugsweise ist die Fraktion des englischen Hofes dadurch betroffen, welche 6 Mitglieder, unter ihnen die Herren v. Vincke und Graf Schwerin, in die zweite Kammer sendet. Die in diese Versammlung Gewählten, welche in den nächsten Tagen abreisen, haben sich noch nicht entschließen mögen, ihr Mandat für Frankfurt niederzulegen; dagegen werden die in die erste Kammer Gewählten Frankfurt nicht so bald verlassen, weil ihre Anwesenheit hier viel weniger entbehrlich ist, als in Berlin.

Frankfurt, 17. Februar. Das heute ausgegebene 12. Stück des Reichs-Gesetz-Blattes enthält folgende Verordnung, betreffend die Beschaffung von 5,250,000 Fl. (3,000,000 Thlr.) für die deutsche Marine: „Der Reichsverweser, in weiterer Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. Juni v. J. verordnet wie folgt: §. 1. Zum Zwecke der Begründung eines Anfangs für die deutsche Marine soll nunmehr auch die zweite Hälfte der von der Reichsversammlung bewilligten Summe von sechs Millionen Thlrn. mit fünf Millionen zweihundertfünfzigtausend Gulden (drei Mill. Thlrn.) mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel verfügbar gemacht werden. §. 2. Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 12. Febr. 1849. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen: v. Beckerath."

Oesterreich.

Wien, 16. Februar. Außer den polnischen Generalen Dembinski und Bem sind bei den Ungarn auch die polnischen Stabsoffiziere Sierakowski, Kaminski und Andere. Ein französischer General führt in Debreczin das Präsidium im ungarischen Kriegsrathe. (Schl. Z.)

Lemberg, 6. Februar. Gestern wurde das polnische Gymnasium geschlossen. Als es nämlich ruchbar wurde, daß im Auftrag des Landespräsidiums wieder in deutscher Sprache vorgetragen werden sollte, zertrümmerten die Studenten die Tafel und die Bänke, verbarrikadirten den Katheder, jagten die Lehrer fort und wurden dann ihrerseits wieder verjagt. Auch in den polnischen Lycealklassen gings nicht besser zu, wo die böse Jugend selbst gegen ihren wärmsten Freund, den Ofen, wüthete. Eine Deputation, welche sie aus ihrer Mitte an den Gouverneur, den Grafen Goluchowski, sendeten, hatte wenigstens den Erfolg, daß in diesen Klassen bis zur Beendigung des Wintercurses, die polnische als Unterrichtssprache verbleiben wird. Nicht minder herrscht im akademischen, gegenwärtig noch deutschen Gymnasium, große Aufregung über den Zwang, das Ruthenische als obligaten Gegenstand lernen zu müssen; da selbst hier die Ruthenen bei Weitem die Ueberzahl nicht bilden. Dieses ewige Schaukelsystem, welches die Jugend bald zu Polen, bald zu Ruthenen und bald zu Deutschen stempeln will, wird wahrscheinlich nur wenig geeignet sein, aus ihr eifrige Patrioten im Sinne der Regierung zu bilden. Einige Studenten sind schon gefänglich eingebracht. In Przemysl sollen Conflicte zwischen Schüler und Schule weit traurige Folgen gehabt haben. Dort soll Professor H . . . . . ., der durchaus dem Regierungs-Befehl Folge verschaffen wollte, zum Fenster hinausgestürzt worden sein. Die Ruthenen, dieser 15. Planet, deren Entdeckung bloß für die bewaffneten Augen des vorigen Gouverneurs von Galizien, und für das neu erbaute Kremsier-Olmützer Observatorium aufbewahrt zu sein schien, sind, in der Wirklichkeit lange nicht die Mehrzahl. Dies läßt sich am leichtesten daraus ersehen, wenn man den Stand der Lehranstalten betrachtet, wo auf 70 Studenten keine 10 Ruthenen kommen. So die Oestr. A. Ztg.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Februar. Eine amtliche Bekanntmachung des Marine-Ministeriums ruft alle beurlaubten Seeleute auf, sich bei gesetzlicher Strafe an den Orten und zu der Zeit, für welche sie sich verpflichtet haben, zu stellen.

Frankreich.

Paris, 16. Februar. Der Moniteur veröffentlicht heute das Dekret, laut welchem sich die National-Versammlung auflöst, nachdem sie das Wahlgesetz, das Staatsraths-Gesetz, das Gesetz über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und seiner Minister, so wie das Budget für 1849, votirt hat. Das Wahlgesetz befindet sich bereits im zweiten Stadium, das Staatsraths-Gesetz im dritten; nur das Verantwortlichkeits-Gesetz ist noch nicht zur Diskussion gelangt.

Paris, 16. Februar. Marschall Bugeaud hat am 12. zu Lyon eine neue Rede gehalten, wie sich von selbst versteht, durchaus im Geiste der früheren. Die neue Ansprache ist an den Handelsstand gerichtet, der ihn durch eine Abordnung von 300 der angesehensten Kaufleute und Fabrikanten begrüßte. Er sagte ihnen: Meine Herren, die Stadt Lyon hat mir bereits so viel Ehre erwiesen, daß ich eine neue so zahlreiche und ausgezeichnete Kundgebung nicht erwartete. Ich bin stolz darauf, meine Herren, aber noch mehr fühle ich mich glücklich, weil dieser Schritt mir beweist, daß Sie mit meinen Gesinnungen übereinstimmen und die Entschließungen billigen, welche ich noch bei jeder Gelegenheit ausgesprochen habe, seit ich innerhalb Ihrer Mauern bin. Es ist offenbar, daß der öffentliche Geist erwacht ist und täglich stärker wird. Sie alle sind entschlossen, jenen Unruhen ein Ende zu machen, welche unser schönes Vaterland in steter Bewegung erhalten und zu Grunde richten. Sie sind entschlossen, mit Kraft alle jene Lehren zurückzuweisen, durch welche unsinnige und verkehrte Weltverbesserer die Gesellschaft umgestalten wollen." Nachdem der Marschall sich in sehr verständigen Worten über die Sinnlosigkeit aller dieser Bestrebungen ausgesprochen, fuhr er fort: „Aber nein, meine Herren, Frankreich wird dieses Unglück nicht erfahren. Ich finde eine Bürgschaft dagegen in den Gesinnungen, die Sie eben ausgesprochen haben; in der Zustimmung, die Sie zu meinen Worten zu erkennen gegeben haben. Ich finde sie außerdem in der Festigkeit des Präsidenten der Republik und seiner Regierung, in der beide beharren werden. Endlich finde ich sie in der Kriegszucht und in der Vaterlandsliebe des Heeres. Es ist unmöglich, daß so viele und mächtige Elemente der Ordnung nicht über einige Hundert Meuterer siegen sollten, die nur durch verderbte Bruchtheile der Bevölkerungen unserer großen Städte unterstützt sind. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß es die Mehrheit der Stadt Paris ist, welche Ihnen jene Revolutionen auferlegt hat, die Sie nicht länger durch den Telegraphen annehmen wollen. Es sind in der Hauptstadt mehr als 800,000 Bewohner, die Ihre Gesinnungen theilen und denen die Aufwiegler ein Gräuel sind. Trotz der Bethörung, welche durch die Deklamationen der Presse und der

Rednerbühne hervorgerufen wird, haben sie doch niemals nach jener gesellschaftlichen Zerrüttung verlangt, deren erste Opfer sie immer sind. Sie dürfen daher nicht in jenen gerechten Tadel mit eingeschlossen werden, mit dem Sie das Heer der Meuterer und dessen Führer brandmarken. Unwissende Menschen werden leicht irre geleitet. Sie dürfen deshalb nicht sich selbst und dem übeln Einflusse der Klubsprecher überlassen werden. Unser Aller Pflicht ist es, gegen dieses sittliche Uebel durch unsere Reden und Schriften zu kämpfen, die der Fassungskraft der Massen angemessen sind. Nur durch diese fortwährend wiederholte Thätigkeit können wir von jenen blutigen Schlachten gerettet werden, welche die Verzweiflung und die Schande der Menschheit sind. Wenn alle diese Anstreugungen aber ohne Wirkung bleiben sollten, so wollen wir, nachdem wir den Meuterern die Sprache der Vernunft entgegengesetzt haben, ihnen unsere Brust entgegenstellen. Aber bessere Tage sind im Begriffe über uns aufzugehen, meine Herren, und die Hoffnung wird in unsern Herzen wieder belebt. Wir sind jetzt die Herren unseres Geschickes. Wir bedürfen nichts, als etwas Festigkeit und Ausdauer. Wenn wir diese nicht zu zeigen wissen, so verdienen wir unser Schicksal. Aber ich sehe diese Gesinnungen jetzt überall vorherrschen. Ja, meine Herren, von allen Theilen Frankreichs erhalte ich Erklärungen, welche die Beistimmung zu den Worten ausdrücken, da ich zu Bourges gesprochen. Hier zu Lyon werde ich mit Beistimmungen überschüttet. Meine Hingebung an die Wohlfahrt des Volkes mußte dadurch, wenn dies möglich wäre, gesteigert werden. Ich fühlte die Pflichten tief, welche durch diese Kundgebungen mir auferlegt werden, und ich bin mir bewußt, die Kraft zu besitzen, die zur Erfüllung derselben erforderlich ist.“ Lauter begeisterter Beifall nahm diese Worte auf.

(N. Pr. Ztg.)

Spanien.

Madrid, 9. Februar. Von der Französischen Grenze hört man, daß Cabrera von seiner Wunde völlig hergestellt sei und sich rüste, an der Spitze von 10,000 Mann neue Einfälle zu machen. Die energischsten Reclamationen sind auf diplomatischem Wege bereits nach Paris abgegangen.

(Franz. Bl.)

Die rothe Fahne!

Stettin. Die hiesige Wahl zur ersten und zweiten Kammer hat unsere politischen Gegner nicht entmuthigt, sondern sie veranlaßt, ihr Ziel: „die unumschränkte Volksherrschaft“ zur Geltung zu bringen, und mit erneuter Kraft zu verfolgen. Wie Peter der Große, von Karl XII. besiegt, seine Russen auf die Zukunft vertröstete, so ruft die hiesige demokratische Zeitung ihrer trostlosen Partei zu: „eine Minorität ist eine werdende Majorität“; offen und ehrlich schiebt sie die Niederlage bei den Wahlen nicht den Ränken der Konservativen oder den Wahlkommissarien in die Schuhe, wie es die „Neue Stettiner“ macht, sondern sie sucht sie in der Organisation der eigenen Partei, und ertheilt Rathschläge, die begangenen Fehler zu verbessern. Die Demokraten befolgen mit einer Subordination, mit einer Energie und Ausdauer die Rathschläge und Wünsche, d. h. die Befehle ihrer Führer, daß wir den Konservativen diese Eigenschaften zum Muster aufstellen können.

Aus No. 40 dies. Ztg. sehen wir, daß in Hamburg ein Arbeiter-Kongreß zusammen getreten ist, der wie die Arbeiter-Vereine in Paris republikanisch-kommunistische Ideen verfolgt und bereits Schuldscheine der deutschen Republik ausstellt. Die Farbe dieser Vereine, d. h. der sozialen Demokratie, ist die „rothe“, deshalb der Ruf nach der rothen Republik. Bereits in der Februar-Revolution tauchte die blutrothe Fahne in Paris auf, hätte Lamartine, der Frankreich mit Worten regierte, damals der dreifarbigen Fahne sich nicht angenommen, so wäre Frankreich eine rothe Republik. Frankreich behielt die Trikolore, die Deutschen, Italiener, Ungarn machten es der „großen Nation“ nach und revoltirten unter der dreifarbigen Fahne. Die Wühler sind mit ihrem Erfolge nicht zufrieden, jetzt ist nicht die Parole „ein einiges Deutschland“, sondern à la rouge wird das Heil in einer Welt-Republik gesucht. Die Nationalität, Sprache, Bildung, Abstammung der Völker verwerfen die Volksbeglücker, sie erklären dem Besitzenden Krieg und führen die Besitzlosen unter der rothen Fahne der Welt-Republik gegen das ihr so verhaßte Bürgerthum (bourgeois) in den Kampf. In den Juni-Kämpfen der Pariser wie in Berlin während des vorigen Jahres wurden die Arbeiter unter der rothen Fahne jedesmal glücklich besiegt, für den Augenblick ist diese Partei auch in beiden Städten gewaltsam niedergedrückt, aber nicht zernichtet. Sie hat in den Arbeiter-Vereinen ihre größte Stütze, welche deshalb die französische Republik sich bemüht aufzulösen, trotzdem errichtet man im konstitutionellen Preußen, also auch in Stettin, solche Vereine. In diesen Vereinen wissen die Wühler die Arbeiter mit der sozialen Frage so an sich zu fesseln, daß sie Leib und Leben für ihre Lehrer lassen, gelegentlich aber für diese die Kastanien aus dem Feuer holen. Das Symbol dieser kommunistischen Arbeiter-Vereine, „die rothe Fahne“, wurde am vorigen Sonntage auch hier in einem Vereine feierlich eigeweiht. Ein Dr. phil. gab dabei die sinnreiche Auslegung, daß die rothe Farbe „das Blut bedeute, welches die Liebe für das Volk hingebe“, worauf nach mehreren Ceremonien die Fahne an der Stange befestigt wurde. So viel bekannt, ist dies schon die zweite blutrothe Fahne, welche hier existirt, die Fahnenträger selbst sind schon bezeichnet. Stettins Bewohner dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn bei dem nächsten Aufzuge, Putsch, oder auf den etwaigen Barrikaden rothe Fahnen erscheinen, vielleicht kommen sie erst bei dem Zuzug nach Berlin zur Feier des 18ten März zum Vorschein.

Die beiden Dr. phil., welche sich so viele Mühe geben, um die Arbeiter aufzuregen, dabei aber ihre Stellung als Volkslehrer total verkennen, mögen sich der Worte Rückert's erinnern, welche die jetzige so wie die frühere Geschichte Frankreichs bestätigen:

Der Vater lehrte seinen Sohn
Keinem König gebühr' ein Thron.
Der Sohn nahm Lehr' an in der Schule
Und warf den Vater von seinem Stuhle.

Anklagekammer der freien Presse.

Ein Bürger für Viele.

Woll-Bericht.

Breslau, 17. Februar. In den ersten Wochen des Februar hatten wir es ungewöhnlich lebhaft im Wollgeschäfte, und es sind in dieser kurzen Zeit an 1800 Ctr. aus dem Markte genommen worden. Wenn nun auch durchschnittlich keine höheren Preise als im Januar angelegt worden sind, so giebt uns diese allgemeine Kauflust einen entschiedenen Beweis von einem reellen Bedarfe, und wir dürfen uns guten Hoffnungen um so eher hingeben, als auch die Ansprüche der Verkäufer nichts weniger als überspannt sind und sogar die neuesten Zeitkäufe mit einem mäßigen Avance abgeschlossen sind. — Auf den Lägern bewilligte man für schles. feine Einschur 65—74 Thlr., für dergl. mittelfeine 56—62 Thlr., für poln. Einschur 45—58 Thlr., für russ. 35—42 Thlr., für schles. Lammwollen 60—70 Thlr., für poln. 50—58 Thlr., für Gerber- und Schweißwollen 37—46 Thlr. — Unser Gesammtbestand beläuft sich auf ca 8000 Ctr., und besteht aus poln. und russ. Einschuren und schles. Gerber-, Schweiß- und Sterblings-Wollen. Schles. Einschuren werden nur noch ca. 400 Ctr. vorhanden sein.

(Schl. Z.)

Getreide-Bericht.

Stettin, 19. Februar.

Weizen, 57—60 Thlr.

Roggen, auf kurze Lieferung 25 7/12 Thlr.; pro Frühjahr 26⅞ a 27 Thlr., und für 86pfünd Waare 27¼ a 27½ Thlr. pro Frühjahr bez

Gerste, 25⅓ Thlr. bezahlt.

Leinöl, in loco 10¼ Thlr., auf Lieferung 10⅓ Thlr. mit Faß, und pro Mai—Juni 10⅙ Thlr. ohne Faß bezahlt.

Rüböl, rohes, in loco 13 und 13¼ Thlr. ohne Faß, pro Febr. 13 Thlr., pro Febr.—März 12¾ Thlr., pro März—April 12⅔ a 12⅚ Thlr., pro Juli—August 12¼ Thlr., pro Sept.—Okt. 12 a 2 1/12 Thlr., und pro Oktbr.—Novbr. 12 Thlr. bez.

Spiritus, roher, in loco 23⅝ a 24 %, pro Frühjahr 22¾ %, pro Mai—Juni 21 %, pro Juni—Juli 21 a 21½ %, und pro Juli 21½ % bezahlt.

Zink, schles., 4½ Thlr. pro Ctr.

Berliner Börse vom 19. Februar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	—	101⅛		Pomm. Pfdbr.	3½	92	—	
St. Schuld-Sch.	3½	80¾	—		Kur-&Nm.do.	3½	—	91¾	
Seeh. Präm-Sch.	—	—	98¾		Schles. do.	3½	—	—	
K. & Nm. Schldv.	3½	76¼	—		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	98¼	97¾		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	90¼	—	
Westpr. Pfdbr.	3½	—	84¾						
Grosh. Posen do.	4	96½	96		Friedrichsd'or.	—	13 7/12	13 1/12	
do. do.	3½	—	81⅛		And. Gldm. a 5 tlr.	—	12¾	12¼	
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	90½		Disconto	—	—	4½	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	92	91½	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	75¼	74½	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	102½	102⅛	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	88	87⅝		Hamb. Feuer-Cas	3½	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	108½	108		Holl. 2½ o/o Int.	2½	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	72¾	—	⅜ ½	Kurh. Pr. O. 40 th.	—	28	27¼	¾
do. do. Cert. L. A.	5	85	84½		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13¼		N. Bad. do. 35 Fl.	—	16¾	16¼	½
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	7¾	78 bz.
do. Hamburg	4	2½	55 bz.
do. Stettin-Stargard	4	6	89 G.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	58½ B.
Magd.-Halberstadt	4	7	112 B.
do. Leipziger	4	15	—
Halle-Thüringer	4	—	50¾ G.
Cöln-Minden	3½	—	78½ bz.u.B
do. Aachen	4	4	50¾ G.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld	4	4½	—
Steele-Vohwinkel	4	—	36½ B.
Niederschl. Märkisch.	3½	—	71¾ G.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	3½	6	93¼ bz.
do. Litr. B.	3½	6	93¼ bz.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	5	—
Krakau-Oberschles.	4	—	38 B.
Bergisch-Märkische	4	—	58 G.
Stargard-Posen	3½	—	71 G.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	37¼ a ½ bz.u.G.

Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl-Anhalt	4	87½ G. 88B.
do. Hamburg	4½	94½ G.
do. Potsd.-Magd.	4	84 bz.
do. do	5	95 G.
do. Stettiner	5	102¾ G.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4½	85¾ G.
Cöln-Minden	4½	93¼ G. ½ B.
Rhein. v. Staat gar.	3½	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	86¾ B. ½ bz.
do. do	5	99 bz.u.G.
do. III. Serie.	5	95¼ B.
do. Zweigbahn	4½	—
do. do.	5	80 G.
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	95½ G.
Steele-Vohwinkel	5	87½ B.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Risa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	88½ B.
Amsterdam-Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	35 G.

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

Februar.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	18	338,55‴	338,37‴	337,39‴
	19	337,90‴	334,76‴	332,26‴
Thermometer nach Réaumur.	18	+ 1,7°	+ 6,0°	+ 4,3°
	19	+ 3,3°	+ 6,0°	+ 5,6°

Beilage.

Beilage zu No. 43 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.
Dienstag, den 20. Februar 1849.

Deutschland.

Soest, 13. Februar. Das hiesige Kreisblatt enthält folgende Bekanntmachung des Königl. Landrathes:

Durch Veröffentlichung der nachstehenden Ansprache an die Wahlmänner des Soester Wahlbezirks entspreche ich gern dem mir zu erkennen gegebenen Wunsche unseres Abgeordneten, des Herrn Ministers von Bodelschwingh.

Soest, den 11. Februar 1849.

Der Landrath.

An die Mehrheit der Wahlmänner für die zweite Kammer des Soester Wahlbezirks.

Durch den Königlichen Herrn Wahl-Kommissarius bin ich benachrichtigt, daß die Wahlmänner des Soester Wahlbezirks mich zum Deputirten für die zweite Kammer unserer Stände gewählt haben.

Mit keinem Wort, mit keinem Buchstaben habe ich mich um diesen Auftrag beworben; er erscheint daher als der Ausdruck des freiesten Vertrauens meiner lieben Landsleute. Indem ich den Auftrag mit herzlichem Danke annehme, verspreche ich, alle meine Kräfte aufzubieten, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Derselbe Wahlspruch, mit welchem ich vor 36 Jahren als Jüngling auf den Feldern von Lützen, Bautzen, an der Katzbach und bei Leipzig für des Vaterlandes Freiheit und Ehre focht, und mit welchem ich, als alter Wehrmann, freudig noch einmal den Degen ziehen würde, wenn der König zu des Vaterlandes Vertheidigung sein tapferes, sieggewohntes Heer unter die Waffen rufen sollte, derselbe Wahlspruch wird mich auch in den, vielleicht heißen, geistigen Kampf begleiten, dem ich jetzt entgegen gehe; er heißt:

„Mit Gott für König und Vaterland."

„Mit Gott." Ueber dem Eingange meines Hofes steht seit mehr als 200 Jahren der Spruch:

Wer Gott vertrauwet,
Hat wohl gebauwet,
Wenn Gott nicht bewachet das Hus,
Wachen alle Wächter umme — sus.

So dachten meine Vorältern, so denke auch ich.

Und was von der Wohnung der Einzelnen gilt, das gilt auch von dem großen Bau des Vaterlandes, unter dem 16 Millionen Preußen, geschützt vor äußeren und inneren Stürmen, wohnen sollen. Nur das Werk gedeiht, was in Hinblick auf Gott im Vertrauen zu ihm begonnen und fortgeführt wird; darum wende ich zu so ernstem Werke, als mir jetzt bevorsteht, meine Augen zu dem Allmächtigen empor, und erflehe von Ihm, daß er mein schwaches Wirken segnen möge! „Für den König!" Wir alten Markaner haben die Liebe zu unserem preußischen Königshause mit der Muttermilch eingesogen, die sieben Jahre der Fremdherrschaft haben sie nicht erschüttert, vielmehr geläutert und gestählt; keine Stürme der Zeit werden sie uns rauben; diese Liebe wird mit uns begraben werden. Darum ist mir der Kampf für den König eine Lust! Aber nicht blos deshalb werde ich den Kampf mit des Königs Feinden, wo sie mir begegnen, aufnehmen, sondern auch deshalb, weil mich die Geschichte lehrt, daß Preußen unter seinen Königen und durch seine Könige groß geworden ist; im Vergleich zu seinem Umfange, seiner Einwohnerzahl, seinen materiellen Hülfsmitteln größer, als irgend ein anderes Land der Erde. Dessen sollen wir stets in Dankbarkeit eingedenk sein, und darnach trachten, uns den König nicht nur, sondern auch ihm die Kraft zu erhalten, daß er unser Schutz und Schirm in Gefahr, unser Führer auf dem Wege des Ruhmes und der Ehre sein könne! „Fürs Vaterland!" Der König hat dem Bau des Vaterlandes durch die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. eine neue Grundlage gegeben; das preußische Volk hat solche vom Niemen bis zur Saar mit Freuden begrüßt. Diese Urkunde und das Vertrauen meiner Wähler führen mich in die Versammlung, welche berufen ist, zuerst die dem Volke verliehenen, wichtigen Rechte auszuüben. Ein ehrenvoller Beruf — ein Beruf von der höchsten Wichtigkeit für die Zukunft des Vaterlandes! In Erfüllung desselben werde ich vorzugsweise dahin streben, diese Grundlage zu befestigen, damit volles Vertrauen zu der Sicherheit des vaterländischen Baues wiederkehre, dessen Erschütterung große Opfer gekostet hat. Wer an dieser Grundlage rütteln, wer sie in Frage stellen, die darin verzeichneten wesentlichen Rechte der Krone oder des Volkes antasten will, gegen den werde ich den Kampf aufnehmen als einen Kampf „fürs Vaterland." — Mein Streben wird dahin gerichtet sein, daß die gemeinsamen Lasten mit gleichen Schultern getragen, d. h. daß den Starken viel, den Schwachen wenig, aufgebürdet werde, daß Preußens alter Wahlspruch „Jedem das Seine" in ungeschwächter Kraft fortlebe, daß die Gesetze überall mit Nachdruck gehandhabt werden, und den Frevler die gerechte Strafe treffe.

Doch auch über mein preußisches Vaterland hinaus wendet sich mein Blick zu dem großen deutschen Vaterlande. Ich stimme freudig ein in Vater Arndts Worte:

„O nein, o nein!
Mein Vaterland muß größer sein."

Aus voller Ueberzeugung werde ich für jede Maßregel stimmen, welche — sei sie auch mit Opfern verknüpft, alle deutschen Bruderstämme innigst verbindet, welche geeignet ist, durch Deutschlands festgeschlungene Einigkeit Deutschlands Größe zu schaffen. — Nicht daß Preußen in Deutschland untergehen solle, sondern damit ein starkes Preußen, innigst mit den übrigen deutschen Stämmen verbunden, ein einiges, starkes Deutschland schaffen helfe! Die Mehrzahl meiner Wähler gehört dem Bauer- und Handwerker-Stande an, darum werde ich es für Pflicht erachten, mich ihrer Interessen vorzugsweise anzunehmen, wenn sie in besondere Frage kommen sollten. Doch wird dies kaum der Fall sein, wenn die Ständeversammlung mit mir die Ueberzeugung theilt, daß der Leib nur gedeihen könne, wenn alle Glieder kräftig sind, und daß die Glieder verkümmern müssen, wenn der Leib siecht. Was dem Ganzen frommt, das frommt dem Einzelnen, und die Wohlfahrt der Einzelnen führt zur Blüthe des Ganzen.

Und damit Gott befohlen.

Velmede, den 9. Februar 1849.

gez. Ernst von Bodelschwingh.

Hannover, 12 Februar. Es wird hier in gut unterrichteten Kreisen mit Bestimmtheit versichert, vom hiesigen Hofe sei eine Anfrage an das Preußische Kabinet gerichtet, wie dasselbe es mit der Publikation der Grundrechte zu halten gedenke. Diese Anfrage soll am 2. Februar von hier abgegangen, und am vierten von dem Hannoverschen Gesandten, Grafen Knyphausen dem Herrn v. Bülow übergeben sein. Die Preußische Note, welche die Antwort enthält, ist am 8. hier eingetroffen. Sie habe von einer Publikation der Grundrechte entschieden abgerathen, in Preußen habe man, was von den Grundrechten für zweckmäßig erachtet sei, im Wesentlichen durch die Landesgesetzgebung eingeführt und werde die Publikation selbst so lange verschieben, bis die Vereinbarung über das Verfassungswerk zum Ziele geführt habe. (Weser Z.)

Schweiz.

Neuenburg, 9. Febr. Aller Anstrengungen ohngeachtet hat die revolutionäre Regierung nichts Ersprießliches für die Verschwörung herausbringen können, nur davon, wenn sie überhaupt darüber im Zweifel war, hat sie sich überzeugt, daß sie selbst von allen rechtlichen Leuten gehaßt, und tief verachtet ist. Ganze Bogen würde man füllen, wenn man alle die Schändlichkeiten, die sie sich erlaubt hat, aufschreiben wollte. Falsche Zeugnisse zu ihrem eingebildeten Komplott zu erlangen, war ihr Ziel. Dies ist aber an dem gesunden Sinn, an den vortrefflichen Gesinnungen der königlichen Bevölkerung vollständig gescheitert. Ich könnte Ihnen hundert Züge ihrer Standhaftigkeit erzählen, die aber natürlich eine besondere Kenntniß der näheren persönlichen und örtlichen Zustände voraussetzen. Zwei davon erlaube ich mir doch näher zu erwähnen. Ein sehr wohlhabender Handelsmann ist vor die sogenannte administrative Verhör-Commission geladen. Er erscheint, weigert sich aber einer verfassungswidrigen Behörde Rede und Antwort zu geben; sie dringt in ihn, und am Ende sagt er den anwesenden Staatsräthen: „Sie wollen also durchaus, daß ich Ihnen die ganze und reine Wahrheit sage, nun dann: Ich erkläre Ihnen feierlich, daß ich Sie als gemeine Schurken, wahre Räuber, und als Eidbrüchige ansehe, und Ihnen gar keine bindende Gewalt zuerkennen kann." Mit einem Monat Gefängniß hat er seine Aufrichtigkeit gebüßt. Ein anderer, ein Schneider, ist ohne allen Grund verhaftet. Aus einer nur zufälligen, freundschaftlichen Zusammenkunft, die vor mehreren Tagen in seinem Hause stattgehabt hatte, wollte die Verhör-Commission eine verbrecherische Verabredung machen. Alle ihre Bemühungen, Drohungen, Kunstgriffe scheiterten aber an der gänzlichen Unschuldigkeit des Vorgeladenen. Drei Tage hintereinander, und selbst mitten in der Nacht wurde er vor die Commission gebracht, und mit verfänglichen Fragen bestürmt, doch konnte man nichts herausbringen. Einmal folgte ihm der Arzt Dubois in das Gefängniß und nach einer kurzen Unterredung, die Hand auf das Herz des Gefangenen legend, sagt er: „Ist es denn möglich, was da steckt (die königlichen Gesinnungen andeutend), herauszureißen?" „Mein Herr," antwortete der Schneider, „Chaumont, Chasseral, la Tourne können Sie leichter ausreißen und den See damit ausfüllen, als meine Liebe und meine Treue für meinen König aus meinem Herzen." — „Na, gehen Sie in Gottesnamen; es ist nichts mit Ihnen anzufangen." Nach vierzehntägiger unnützer Occupation der Hauptstadt sind die Milizen wieder in ihre Heimath zurückgekehrt, und die Sachen bleiben beim Alten. Haß und Verachtung für die Regierung, unwandelbare Treue zu dem rechtmäßigen Könige, Ausdauer und zuverlässige Hoffnung auf bessere Zeiten. — (N.P.Z.)

Bau von Kriegsfahrzeugen zur deutschen Flotte.

Die bei den Wahlen in unserer Stadt veranstalteten Sammlungen haben ergeben:

am 22sten Januar von Urwählern zur zweiten Kammer.

Bezirk	Gesammelt durch		Thlr.		
Heumarkts-Bezirk, gesammelt durch Herrn	Karkutsch	Thlr.	15.	—.	—.
Königs-	Christen	=	27.	10.	—.
Jacobi-	Weidner	=	9.	10.	—.
Passauer	E. Wegener	=	7.	9.	—.
Wall-	Bagemihl	=	18.	2.	8.
Oder-	Kuhlmeyer	=	14.	3.	2.
Speicher-	A. Grawitz	=	8.	4.	5.
Nicolai-	Major Lenz	=	10.	28.	5.
Schloß-	Schwolow	=	11.	19.	—.
Dom-	Müller	=	2.	7.	—.
Louisen-	Rödenbeck	=	36.	20.	—.
Gertrud- A.	W. Doebel	=	3.	11.	3.
Unterwiek-	Schwarzenhauer	=	11.	9.	3.
Petri-	in Theilung mit dem Berliner Verein für die deutsche Flotte	=	5.	—.	—.

Am 29sten Januar von Urwählern zur ersten Kammer:

Bezirk	Gesammelt durch		Thlr.		
I. Wahlbezirk, gesammelt durch Herrn	Karkutsch	Thlr.	17.	7.	6.
II.	Weidner	=	23.	9.	10.
III.	Bävenroth	=	16.	26.	9.
IV.	Rödenbeck	=	13.	—.	5.
V.	Voigt	=	23.	—.	6.
VI.	A. Grawitz	=	23.	6.	6.
Am 5ten Februar von Wahlmännern zur zweiten Kammer im Schützenhaussaale durch die Rathsdiener		=	20.	2.	6.
Am 12ten Februar von Wahlmännern zur ersten Kammer im Rathhaussaale durch Herrn E. Wegener		=	7.	15.	—.
Summa		Thlr.	324.	23.	2.

Den freundlichen Gebern, die der Förderung des patriotischen Zwecks auch in der Aufregung der Wahlkämpfe gedacht, sowie den Herren, die so zuvorkommend sich der Mühe des Sammelns unterzogen, fühlen wir uns zum herzlichsten Dank verbunden. Stettin, den 16ten Februar 1849.

Das Comité.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Es sind zur Vollendung des neu erbauten Theils hiesiger Festung noch 3 Millionen Ziegeln von Mittelformat, 10 Zoll lang, $4^3/_4$ Zoll breit, $2^1/_2$ Zoll stark, erforderlich.

Die Ziegeln müssen mergelfrei, in der Masse gut durchgearbeitet, fest gestrichen und so regelmäßig sein, wie man es von guten Mauersteinen fordern kann.

Lieferungslustige, die wenigstens 300 Mille zu liefern im Stande und mit 10 % des Ziegelwerths oder in zinstragenden Papieren nach dem Nennwerth kautionsfähig sind, werden hiermit zur Submission bis zum 1sten k. M. aufgefordert, und sind dann bis zur Annahme durch das Königl. Kriegs-Ministerium, spätestens aber bis zum 15ten April d. J. an ihre Gebote gebunden, bis wohin eventuell mit ihnen in nähere Verbindung getreten sein wird.

Die Steine werden im Verhältniß von 1 Theil Hartbrand, 2 Theilen Mittelbrand und 1 Theil Schwachbrand angenommen. Die Submittenten haben Probesteine jeder Sorte einzusenden, denen sowie jedem Stein der Lieferung der Namen der Ziegelei eingedrückt sein muß. Bei der Ablieferung müssen die Steine ordnungsmäßig unter gehöriger Sortirung der 3 Klassen, bei den Wassertransporten auf den speziell anzuweisenden Abladeplätzen an der Oder, oder bei den Landtransporten bei den betreffenden Baustellen aufgestellt werden. Diese Arbeiten mit inbegriffen ist der Preis für das Tausend Mauersteine auszusprechen.

Ob diese Lieferung vom Juni ab bis Ende Oktober d. J. schon beendet werden muß, oder ob sie sich und in welcher Ausdehnung auch noch bis ins künftige Jahr hin erstrecken wird, kann bis jetzt noch nicht bestimmt werden, jedoch wird vor Abschluß der Contrakte Lieferant noch die desfalls erforderliche Mittheilung erhalten, wenn er auch unter allen Umständen an sein Gebot gebunden bleibt.

Die gesetzlichen Stempelkosten trägt der Lieferant allein, und die Kosten der öffentlichen Bekanntmachungen werden pro rata unter die Lieferanten vertheilt.

Die schriftlichen Eingaben sind portofrei an den Unterzeichneten zu richten.

Stettin, den 16ten Februar 1849.

Seeling, Major und Platz-Ingenieur.

Bekanntmachung.

Zur Vollendung des Neubaues der Festung Stettin sind noch 3050 Tonnen Rüdersdorfer Steinkalk erforderlich.

Der Kalk muß frisch gebrannt sein und keine Steine enthalten. Er wird in Tonnen zu 4 Berliner Scheffeln und zu nicht unter 3 Ctr. Nettogewicht geliefert. Die Tonne muß gelöscht $12^1/_2$ Cubikfuß Kalk ergeben. Die Tonnen werden zurückgegeben. Der Kalk muß nach allen Bauplätzen zu gleichen Preisen geliefert werden.

Lieferungslustige, wenn sie im Stande sind mindestens 1500 Tonnen zu liefern und eine Caution von 10 % des Kalkwerths in zinstragenden Papieren nach dem Nennwerth zu deponiren, reichen ihre Offerten bis zum 3ten März d. J. an den Unterzeichneten ein, und bleiben bis zum 15ten April d. J., bis wohin mit ihnen in nähere Verbindung getreten werden wird, an ihre Gebote gebunden.

Der Bedarf für dieses Jahr läßt sich gegenwärtig noch nicht bestimmen, wird aber bei der Contrakt-Abschließung näher angegeben werden. Jedenfalls bleibt der Unternehmer, wie groß oder wie gering auch der Bedarf jetzt oder künftig sein mag, bis nach beendigter Lieferung für die bedungene Quantität an seinen Contrakt gebunden.

Stettin, den 17ten Februar 1849.

Seeling, Major und Platz-Ingenieur.

Entbindungen.

Die heute Mittag erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Rosalie, geb. Weinreich, von einem gesunden Mädchen, zeige ich, statt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst an.

Teschendorff, den 18ten Februar 1849.

Der Prediger Karow.

Auktionen.

Bekanntmachung.

Zum meistbietenden Verkauf von Eichen-, Buchen-, Birken-, Erlen- und Kiefern-Brennholz in verschiedenen Sortimenten für Holzhändler und sonstige Holzkonsumenten aus dem Königl. Forstrevier Jödkemühl steht ein Termin

auf den 7ten März d. J., Vormittags 11 Uhr,

im Dorfkruge zu Liepgarten an, welches hierdurch mit dem Bemerken veröffentlicht wird, daß $^1/_6$ des Kaufgeldes sogleich im Termin als Angeld zur Kasse gezahlt werden muß, es jedoch auch den Käufern überlassen bleibt, gleich das ganze Kaufgeld einzuzahlen.

Die übrigen Bedingungen werden im Termin selbst bekannt gemacht werden.

Torgelow, den 18ten Februar 1849.

Der Königl. Forstmeister v. Gayl.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Pfannkuchen, a Stück 6 pf., bei

J. Holtz, Baustraße No. 481.

Frische Pfannkuchen

a Stück 6 pf., bei H. Keding, Mittwochstraße No. 1079.

Vermiethungen.

Grapengießerstraße No. 416, eine Treppe hoch, sind 2 schöne Stuben mit eleganten Möbeln zu vermiethen.

Große Wollweberstraße No. 561, parterre, ist eine möblirte Stube nebst Schlafkabinet zum 1sten März zu vermiethen.

Zwei ganz anständig möblirte Zimmer in der bel Etage des Hauses große Lastadie No. 232, Sonnenseite, sind zum 1sten März d. J., jedoch aber nur an einen einzelnen Herrn, zur anderweitigen Vermiethung frei.

Küterstraße No. 41 ist die zweite Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Küterstraße No. 41 ist ein Laden nebst Wohnung zum 1sten April zu vermiethen.

Schuhstraße No. 860 ist die bel Etage, bestehend in 5 aneinander hängenden Zimmern nebst Corridor und sonstigem Zubehör, sofort zu vermiethen. Das Nähere Breitestraße No. 352.

Frauenstraße No. 911 b. ist eine Wohnung von zwei Stuben nebst Zubehör in der vierten Etage zum 1sten April miethsfrei.

Eine möblirte Vorderstube ist an einen oder zwei Herren ganz billig zu vermiethen gr. Wollweberstr. 595.

Große Wollweberstraße No. 579 ist die 3te Etage, von 4 Stuben, Alkoven nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermiethen.

Eine freundliche möblirte Vorderstube ist billig zu vermiethen große Wollweberstraße No. 595. Das Nähere bei Engelien.

Gr. Wollweberstr. No. 566 ist die 4te Etage, bestehend aus 3 Stuben, Kabinet, heller Küche nebst Zubehör, zum 1sten April billig zu vermiethen.

Hakenstraße und Fischmarkt-Ecke 965 ist eine Stube und Kabinet mit Möbeln zu vermiethen.

Mönchenbrückstraße 193 ist ein Laden, auf Verlangen auch eine Wohnung dazu, zu vermiethen.

Breitestraße 366 ist die zweite Etage, bestehend in 3 Stuben, Entree und sonstigem Zubehör, zu vermiethen.

Louisenstraße No. 755 ist die 2te Etage zum 1sten April d. J. zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth.

Kleiner Paradeplatz No. 1186 ist eine freundliche Stube und Kammer mit Möbel sogleich oder vom 1sten März ab zu vermiethen.

Kohlmarkt No. 156 ist die 2te und 3te Etage zum 1sten April d. J. zu vermiethen.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehener junger Mann von hier wird für ein Waaren-Geschäft en gros als Lehrling gesucht. Näheres in der Exped. d. Ztg.

Ein junger Mann, der lesen und schreiben kann und gute Zeugnisse aufzuweisen vermag, findet zum 1sten März eine Stelle als Bediente bei einem einzelnen Herrn, und möge sich melden in den Nachmittagsstunden zwischen 3—5 Uhr bei

Engel, Beckmann & Co., gr. Oderstraße No. 10.

Das Gesinde-Vermiethungs-Comtoir, Klosterhof-Ecke No. 1160, empfiehlt zum 1sten April Köchinnen, Hausmädchen, Hausknechte, Bedienten und Kutscher.

Eine Demoiselle in gesetztem Alter wünscht als Gesellschafterin und Pflegerin einer ältern Dame placirt zu werden. Auch würde sie einer Wirthschaft vorstehen und mit Vergnügen die Beaufsichtigung von Kindern übernehmen, so wie deren Schularbeiten unterstützen. Adressen bittet man in der Expedition d. Bl. unter W. abzugeben.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Zwei Pensionaire werden noch gewünscht Rosengarten No. 271.

Am 18ten d. Mts. ist eine schwarz seidene Mantille vom Baierschen Hofe bis zum Hause gegenüber verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, solche gegen eine Belohnung im Bayerschen Hofe 2 Treppen hoch abzugeben.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß nach meiner ehelichen Verbindung mit Herrn Robert Vilmar derselbe die unter der Firma

Frdr. Ferd. Grabow Wwe.

hierselbst bestandene Colonial-, Italiener Waaren- und Wein-Handlung unter der Firma

Rob. Vilmar,

vorm. F. F. Grabow Wwe.,

unverändert fortführen wird.

Indem ich noch für das mir so vielfach geschenkte ehrenwerthe Vertrauen verbindlichst danke, bitte ich zugleich, dasselbe ungeschmälert auf die neue Firma übergehen lassen zu wollen.

Hochachtend und ergebenst

Emilie Vilmar, verw. Grabow.

Frankfurt a. O., den 13ten Februar 1849.

Bezug nehmend auf vorstehendes Circulair, bitte ich, mit dem der früheren Firma, und besonders meiner Gattin geschenktem Vertrauen auch mich geneigtest beehren zu wollen, und werde ich dasselbe mir zu erwerben und zu erhalten eifrigst bestrebt sein.

Hochachtend und ergebenst

Rob. Vilmar.

Strohhut-Wäsche.

Stroh- und Bordürenhüte jeder Art werden auch in diesem Jahre wieder in bekannter Güte von mir nach den neuesten Façons modernisirt, gebleicht und garnirt und dafür die billigsten Preise berechnet. Für den Fall auch, daß Damen von außerhalb oder auch von hier die gründliche Erlernung der Strohwäsche wünschen, so bin ich nicht abgeneigt, Unterricht darin zu ertheilen, und wollen hierauf Reflektirende sich gefälligst bei mir melden, um das Nähere darüber zu besprechen.

J. Rattey,
Oberwiek No. 42, dem Salzspeicher gegenüber.

Zurückgelegte Manns- und Frauen-Kleidungsstücke, Betten und Wäsche, Gold, Silber, Bernstein, Kupfer, Messing, Zinn und Zink kauft und bezahlt aufs Höchste

M. A. Cohn, Krautmarkt No. 1026.

Pensionaire finden freundliche Aufnahme Breitestraße No. 392, 3 Treppen hoch.

Churf. Hessische 40 Thlr. Prämienscheine und Großh. Badische 20 Thlr. Prämienscheine

können **bis zum 28. Februar 1849** bei uns bezogen werden.

Nachfolgende Prämien werden in diesen nächsten Ziehungen erlangt: fl. 50,000, 15,000, 5000, 4 a 2000, 13 a 1000, 20 a 250 ꝛc.; ferner: Thlr. 36,000, 8000, 4000, 2000, 2 a 1500, 3 a 1000, 5 a 400, 10 a 200 ꝛc.

Käufer von Prämienscheinen, welche solche nach der Ziehung wieder zurückverkaufen wollen, brauchen blos **$2^2/_3$ Thaler Pr. Crt. oder fl. 4. 40 kr.** für einen Hessischen und Badischen zusammen einzusenden. Prospektus und Listen werden prompt besorgt.

J. Nachmann & Comp.,
Banquiers in Mainz am Rhein.

20 Thaler Belohnung.

Am 17ten d., Abends zwischen 7 und 8 Uhr, sind mir durch Einbruch folgende Gegenstände entwandt worden, als:

- 1 brauner wattirter Ueberzieh-Rock,
- 1 schwarzer Sack-Paletot,
- 1 brauner Tuch-Rock,
- 1 grüner Tuch-Rock,
- 1 brauner Sommer-Rock,
- 1 blau-melirter Schlafrock,
- 1 schwarze Buckskin-Hose,
- 1 grün und blau carrirte Hose,
- 1 blau carrirte Hose,
- 1 schwarz seidenes Halstuch,
- 1 braun seidene Weste,
- 1 Paar gestickte Hosenträger,
- 1 Porte Monnaie mit 5 Thlr., darunter ein Baierisches Zwei-Guldenstück,
- 3 seidene Taschentücher.

Wer mir zur Wiedererlangung dieser Gegenstände behülflich ist, oder mir die Thäter so nachweiset, daß ich solche gerichtlich belangen kann, erhält obige Belohnung.

Pommerensdorffer Anlage, den 18. Februar 1849.

Hacker,
Braumeister in der Weidemannschen Brauerei.

Die beliebten Fastenprätzeln sind von heute ab täglich frisch zu haben bei

Gustav Heinrich Duvinage.